



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Rat der Gemeinde Rommerskirchen
Norbert Wrobel
Fraktionsvorsitzender



UWG Rommerskirchen
Ulrike Sprenger



FDP
im Rat der Gemeinde Rommerskirchen
Stephan Kunz
Fraktionsvorsitzender

An den Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen

Herrn Dr. Martin Mertens

Rathaus / Bahnstr. 51
41569 Rommerskirchen

Rommerskirchen, 09.12.2020

Sehr geehrter Herr Dr. Mertens,

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte setzen Sie den gemeinsamen Antrag von **GRÜNEN, UWG** und **FDP** auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Gemeinde Rommerskirchen am 21.01.2021.

Betr.: Änderung der Hundesteuersatzung

Wir beantragen, dass die Hundersteuersatzung der Gemeinde Rommerskirchen in der Form geändert wird:

Für alle Hunde wird ein einheitlicher Steuersatz von 78,--€ erhoben.

Auf einen erhöhten Steuersatz für sogenannte „Listenhunde“ nach § 3 oder § 10 wird verzichtet.

Entsprechend muss der § 3. Satz 4 der 4.Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung vom 27.05.2019 geändert werden.

Begründung:

Durch gesetzliche Maßnahmen wie Sachkundenachweis etc. ist es für die Hundehaltung nicht geeigneten Personen mehr möglich, solche Hunde legal zu erwerben und zu halten. Illegal erworbene „Listenhunde“ werden in der Regel gar nicht erst angemeldet.

Unsere Tierheime sind bei der Abgabe solcher Hunde sehr aufmerksam und überprüfen sowohl den potentiellen Halter, als auch die Unterbringung des Tieres.

Von den 1776 Hunden sind in Rommerskirchen mit 7 gemeldeten Tieren die sogenannten Listenhunde in einer statistisch nicht relevanten Größe vertreten.

Wir beweisen damit auch Solidarität mit den verantwortungsbewussten Hundehaltern.

Menschen, die solche Hunde halten, sind normalerweise verantwortungsvoller im Umgang mit ihren Hunden. Statistiken haben gezeigt, dass der Anteil an Beissattacken von „Listenhunden“ nicht höher liegt, beispielsweise bei Schäferhunden liegt der Anteil deutlich höher. Und immer liegt die Verantwortung bei den Haltern, oder die Hunde sind illegal und nicht angemeldet.

Außerdem beweisen die Menschen, die einem „Listenhund“ aus dem Tierheim ein Zuhause geben wollen, dass sie bereit sind, eine Reihe von Einschränkungen, auch finanzieller Art auf sich zu nehmen.

Auch unsere Tierheime werden entlastet, indem solche Hunde überhaupt eine Chance zur Vermittlung bekommen. Tierheime machen es sich nicht einfach Hunde zu vermitteln, bei „Listenhunden“ ist dieser Aufwand noch viel größer.

mit freundlichem Gruß

Norbert Wrobel

DIE GRÜNEN, Fraktionsvorsitzender

Katharina Janetta

DIE GRÜNEN, stellv. Fraktionsvorsitzende

Ulrike Sprenger

UWG

Stephan Kunz

FDP, Fraktionsvorsitzender

Anhang I

- BILD, 01.07.2015
- Stuttgarter Nachrichten Markus Brauer, 12.04.2018
- Stuttgarter Nachrichten Markus Brauer, 11.04.2018
- <https://www.spiegel.de/panorama/kampfhunde-fakten-zur-debatte-um-gefaehrliche-hunde-a-1209790.html>

Anhang II

- Auszug aus der Beißstatistik NRW